

Ausfüllanleitung

für die „Fast-Track“-Anträge auf eine Zuwendung aus dem DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 für den Aufbau, die Erweiterung und Verbesserung der LAN/WLAN-Infrastruktur inkl. Serverlösungen und/oder die Beschaffung von Anzeige- und Präsentationstechnik

Vorbemerkung

Mit der Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ durch die Förderrichtlinien „Landesprogramm Digitalpakt SH – Öffentliche Schulen“ und „Landesprogramm DigitalPakt SH – Schulen der dänischen Minderheit, Ersatz- und Pflegeschulen“ hat sich das Land Schleswig-Holstein zum Ziel gesetzt, im Sinne eines Mindeststandards grundsätzlich alle den pädagogischen Zwecken dienenden Räume und Einrichtungen einer Schule mit einem Netzzugang über LAN/WLAN sowie mit Präsentationstechnik auszustatten.

Um den Schulträgern die schnellere Erreichung dieses Ziels zu ermöglichen und einen schnelleren Abfluss der Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule zu erreichen, wird mit dem Fast-Track-Verfahren ein vereinfachtes Antragsverfahren angeboten, mit dem Fördermittel für die folgenden Fördergegenstände für eine Schule beantragt werden können. Das bisherige Online-Antragsverfahren bleibt parallel dazu bestehen.

Über die Fast-Track-Anträge haben Sie die Möglichkeit, für eine Schule bzw. einen Schulstandort entsprechend Ihrer Bedarfe einer Förderung für

- den LAN/WLAN-Ausbau, ggf. einschl. Serverlösungen,
- Anzeige- und Präsentationstechnik oder
- LAN/WLAN einschließlich Serverlösungen und Anzeige- und Präsentationstechnik

zu beantragen.

Die nachstehenden Gliederungspunkte entsprechen dem Aufbau der Fast-Track-Antragsformulare und erläutern, was jeweils genau anzugeben ist. Nutzen Sie diese Ausfüllanleitung also am besten während des Ausfüllens der Anträge.

1. Antragsteller

Bitte tragen Sie hier die entsprechenden Informationen zum Antragsteller ein.

2. Angaben zur Schule

Tragen Sie hier bitte die Informationen für die Schule ein, für die eine Förderung beantragt wird. Im Fast-Track-Verfahren kann nur jeweils für eine einzelne Schule bzw. einen Schulstandort ein Antrag gestellt werden.

Für durch die Schulaufsicht genehmigte Außenstellen ist also ein gesonderter Antrag zu stellen. Sonstige Nebenstellen gelten im Antrag als Teil der Hauptstelle (z. B. verschiedene Standorte von berufsbildenden Schulen, Gebäude von allgemeinbildenden Schulen an verschiedenen Standorten).

Es können pro Schule mehrere Anträge gestellt werden, z.B. ein Antrag für LAN/WLAN und ein Antrag für Präsentationstechnik. Anders als im regulären Online-Antragsverfahren beziehen sich die „Fast-Track-Anträge“ **stets nur** auf eine Schule bzw. einen Schulstandort.

3. Ausstattung der Schule

Im Sommer 2019 wurden die Schulträger gebeten, für ihre Schulen die nach Nr. 5.2 b) der o. g. Förderrichtlinien erforderlichen Bestandsmeldungen einzureichen. Nahezu sämtliche Schulträger haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Sollten sie bisher keine Bestandsaufnahme im Onlineportal DigitalPakt Schule hochgeladen haben, bitte wir, dieses nachzuholen und ein Kreuz im ersten Kästchen zu setzen.

Zwischenzeitlich hat sich die Ausstattung in vielen Fällen jedoch bereits geändert oder es sind klärungsbedürftige Punkte / Unstimmigkeiten bei den gemachten Angaben aufgetreten.

Bitte überprüfen Sie die von Ihnen bei der Bestandsaufnahme gemachten Angaben. Sofern sich keine Änderungen ergeben und die Angaben aus der im Jahr 2019 ausgefüllten Bestandsmeldung so übernommen werden sollen, kreuzen Sie bitte das zweite Kästchen an.

Anderenfalls kreuzen Sie bitte das dritte Kästchen an und geben in dem jeweiligen Vordruck den Stand der IT-Infrastruktur und / oder der Anzeige- und Präsentationstechnik in den pädagogisch genutzten Räumen an, der **VOR** Projektbeginn bzw. Maßnahmenbeginn besteht oder bestand. Für Refinanzierungen bedeutet dies, dass der Zustand vor Beschaffung der Gegenstände einzutragen ist, die Sie für die Refinanzierung beantragen!

Erläuterungen zu pädagogisch genutzten Räumen:

Kriterium für einen pädagogisch genutzten Raum ist die nicht nur untergeordnete Nutzung durch Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer oder pädagogisches Personal (z.B. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sprachmittlerinnen und Sprachmittler, Inklusions- oder Schulassistenzen und Einzelfallhelferinnen und Einzelfallhelfer) für unterrichtliche oder anderweitige pädagogische Zwecke. Maßgeblich ist das jeweilige pädagogische Konzept der Schule.

- a) Klassenräume: Die Räume, in denen grundsätzlich der Unterricht der Klasse stattfindet.
- b) Fachräume: Fachräume sind die Räume, in denen fachspezifischer Unterricht stattfindet (z. B. Computerraum, Biologieraum, Physikraum etc.).
- c) Sonstige pädagogisch genutzte Räume:
Beispiele sind hier Gruppenarbeitsräume, ggf. die Aula, die Sporthalle, Räume für Einzelförderunterricht, das z.B. auch für die Unterrichtsvorbereitung genutzte Lehrerzimmer, auch pädagogisch genutzte Büros der Schulleitung und deren Stellvertretung, Räume für Schulsozialarbeiter usw.

Nicht zu den pädagogisch genutzten Räumen zählen z. B. Verwaltungsräume, Sekretariate, Mensen (wenn sie ausschließlich für die Essensausgabe und -aufnahme dienen), Hausmeisterräume, Abstellräume, Horräume, Sanitär- und Sanitätsräume.

4. Bestätigung über die Sicherstellung von Wartung, Betrieb und IT-Support

Die Sicherstellung von Wartung, Betrieb und IT-Support ist vom Schulträger sicherzustellen und Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung. Damit nicht bei jedem Antrag, den Sie stellen, die Angaben erneut gemacht werden müssen, ist die Bestätigung des Supportkonzepts als Anlage 1 dem Antrag beizufügen. Die Anlage ist Bestandteil des Antrages.

Wenn sich Lehrkräfte an Wartung, Betrieb und IT-Support beteiligen ist dies nicht förderschädlich; der Schulträger hat aber im Falle von Krankheit, Versetzung etc. der jeweiligen Lehrkraft den Support sicherzustellen und dies zu bestätigen.

5. Fortbildungsplanung

Auch die Vorlage einer Fortbildungsplanung ist Voraussetzung für die Zuwendungsfähigkeit der beantragten Maßnahme. Um auch hier die wiederholten Eingaben bei einer möglichen erneuten Antragstellung zu vermeiden, ist für die Fortbildungsplanung ein gesondertes Formular (Anlage 2) vorgesehen, das ggf. mehrfach genutzt werden kann.

Hinweis:

Es ist nicht erforderlich, bei den Angaben sämtliche Fortbildungsveranstaltungen aufzunehmen, an denen alle Lehrkräfte teilgenommen haben. Vielmehr reicht es aus, exemplarisch einschlägige medienpädagogische, fachdidaktische oder technische Fortbildungen zu benennen.

Auch eine bereits umgesetzte Fortbildungsplanung ist darzustellen, d.h. auch (nicht zu weit) in der Vergangenheit liegende einschlägige Fortbildungen können dargestellt werden.

6. Technisch-pädagogisches Einsatzkonzept (TPEK)

Das technisch-pädagogische Einsatzkonzept (TPEK) ist als Anlage 3 beizufügen und gliedert sich in einen allgemeinen und einen besonderen Teil. Im *allgemeinen Teil* (Teil 1) sind die Angaben zum Stand der Schulentwicklungsarbeit zu machen. Im *besonderen Teil* (Teil 2) ist der geplante Einsatz der beantragten Geräte / Anschaffungsgegenstände im pädagogischen Kontext darzustellen (Einsatzbeschreibung); diese Angaben sind bei der Beantragung von LAN/WLAN nicht erforderlich.

Das Erstellen von TPEK ist den Schulen in aller Regel leicht möglich: Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein hat in seinen „Hinweisen zum DigitalPakt Schule für Schulen“ sogar Formulierungsbeispiele und Muster für TPEK zur Verfügung gestellt.

Beispiele für Einsatzbeschreibungen:

- a) „Die Lernenden sollen die Kompetenz zum Produzieren und Präsentieren erwerben. Entsprechend werden Präsentationsgeräte benötigt. Nachdem die Lernenden mobile Endgeräte als Gestaltungsmittel genutzt haben, sollen die Arbeitsergebnisse über einen Beamer / ein Display dem Rest der Lerngruppe präsentiert werden.“
- b) „Im Zuge der Unterrichtsorganisation müssen neue fachliche Inhalte und die Arbeitsergebnisse der Lernenden präsentiert werden. Die Lehrkräfte können dazu Tablets als Steuerungsgeräte nutzen, um Präsentationen mit Tafelbildern oder Material aus dem Internet aufzurufen. Gleichzeitig

kann das Tablet als Dokumentenkamera genutzt werden, um die Arbeitsergebnisse der Lernenden zu übertragen. Aus diesem Grund werden neben Tablets auch entsprechend Empfangsgeräte für die Drahtlosübertragung als sonstige Hardware benötigt.“

Weiterführende Hinweise und Erläuterungen zur medienkonzeptionellen Arbeit an Schulen finden sich in der Handreichung des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein „Medienkonzeptionelle Arbeit an Schulen“.

7. Fördergegenstände

Hier ist darzustellen, für welche konkreten Anschaffungen eine Förderung beantragt wird.

Hinweis zum vorzeitigen Maßnahmebeginn:

Investitionsmaßnahmen können gemäß den Förderrichtlinien nur gefördert werden, wenn sie nach dem 16. Mai 2019 begonnen worden sind. Vor diesem Zeitpunkt begonnene, aber noch nicht durch Abnahme aller Leistungen abgeschlossene Investitionsmaßnahmen können insoweit gefördert werden, als dass die zu fördernde Maßnahme einen selbständigen, nach dem 16. Mai 2019 begonnenen Abschnitt des laufenden Gesamtvorhabens darstellt. Ob zum Zeitpunkt der Umsetzung bereits ein Zuwendungsbescheid vorgelegen hat, ist unerheblich. Allerdings müssen die Zuwendungsvoraussetzungen auch im Übrigen vorliegen, was durch die Bewilligungsbehörde geprüft wird. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erfolgt somit auf Risiko des jeweiligen Schulträgers.

Wegen der sich durch die unterschiedlichen Fördergegenstände ergebenden Unterschiede differenzieren die nachfolgenden Erläuterungen zwischen den drei zur Verfügung stehenden Fast-Track-Formularen (I. – III.).

I. Aufbau, Erweiterung und Verbesserung der LAN/WLAN-Infrastruktur

a) Umsetzungszeitraum für die Maßnahmen:

An dieser Stelle ist der Umsetzungszeitraum für die jeweilige Maßnahme anzugeben. Da bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule der vorzeitige Maßnahmebeginn generell zugelassen ist, kann dieser in der Vergangenheit oder in der Zukunft liegen.

Eine Maßnahme beginnt mit dem Abschluss eines ihrer Umsetzung dienenden Leistungs- und Lieferungsvertrages. Bei mehreren Verträgen ist der zeitlich erste Vertrag maßgeblich.

Die Maßnahme endet mit der Zahlung der letzten Rechnung. Sofern dieses Datum in der Vergangenheit liegt und daher bereits bekannt ist, ist dies als Maßnahmenende einzutragen. Anderenfalls schätzen Sie bitte diesen Zeitpunkt. Der Durchführungszeitraum sollte großzügig geschätzt werden, um sicherzustellen, dass die Maßnahme auch innerhalb dieses Zeitraumes abgeschlossen werden kann.

b) Kurzbeschreibung der Maßnahme:

Vorbemerkung zur Förderfähigkeit

Grundsätzlich förderfähig sind **investive Kosten** für den Aufbau und die Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden und auf dem Schulgelände. Davon sind alle IT-infrastrukturellen Maßnahmen wie die Verkabelung einschließlich der Beschaffung aktiver und passiver Netzwerkkomponenten erfasst, die dem Aufbau des pädagogischen Netzes der Schule dienen. Damit sind Primärverkabelung (Geländeverkabelung auf dem Schulgelände), Sekundärverkabelung (Gebäudeverkabelung) und Tertiärverkabelung (Etagenverkabelung), Internetzugangsrouter sowie Switches und Accesspoints generell förderfähig. Bei Verkabelungsarbeiten beginnt der zuwendungsfähige Bereich hinter dem Übergabepunkt des Internetanschlusses.

Bitte erläutern Sie an dieser Stelle *kurz* aber *treffend*, welche Fördergegenstände / Komponenten beschafft werden bzw. welche (Teil)Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Beispiel:

„An der Schule XY soll die LAN / WLAN-Infrastruktur aufgebaut werden. Hierfür sollen die in nachstehender Tabelle aufgeführten pädagogisch genutzten Räume mit einer CAT – x – Verkabelung ausgestattet werden. Dafür entstehen Kosten von [...] Euro.

Für den Aufbau und / oder die Vervollständigung des WLANs ist es erforderlich die nachfolgenden Komponenten zu installieren: (z. B. Accesspoints, Switches u. ä.). Damit erfolgt die Versorgung der in nachstehender Tabelle aufgeführten pädagogisch genutzten Räume mit WLAN. Dafür entstehen Kosten von [...] Euro.“

Anzahl der pädagogisch genutzten Räume, für die mit diesem Antrag eine Förderung der LAN/WLAN-Ausstattung beantragt wird

An dieser Stelle ist die Anzahl der jeweiligen Räume anzugeben, für die mit dem Antrag eine Förderung der LAN und / oder WLAN-Verkabelung beantragt wird; es ist – anders als bei der Bestandsmeldung – nicht die Gesamtzahl aller Räume oder die Anzahl der Räume, in der eine IT-Infrastruktur bereits vorhanden ist, anzugeben.

c) Kurzbeschreibung investiver Begleitmaßnahmen

Investive Begleitmaßnahmen sind gemäß der Verwaltungsvereinbarung förderfähig, wenn sie in einem *unmittelbaren* und *notwendigen* Zusammenhang mit ihrerseits zuwendungsfähigen Investitionen stehen.

Dies trifft z.B. auf eine WLAN-Ausleuchtung/Netzwerkdokumentation durch eine Fachfirma als Voraussetzung der Errichtung eines leistungsfähigen WLAN-Netzwerkes oder auf erforderliche Elektroarbeiten bei der Einrichtung/dem Ausbau der LAN/WLAN-Infrastruktur bis zur ersten Unterverteilung zu.

Nicht zuwendungsfähig ist die grundlegende Ertüchtigung der Stromverkabelung eines Schulgebäudes; Näheres hierzu unter <https://dpaktfaq.schleswig-holstein.de/?view=portal&sub-View=portalFAQ&keyword=6>.

Bitte erläutern Sie an dieser Stelle des Antrags, welche investiven Begleitmaßnahmen erforderlich sind. Die Ausgaben für die investiven Begleitmaßnahmen müssen aufgrund von Bundesvorgaben in der Tabelle unter d) in der letzten Spalte gesondert aufgeführt werden. **Achtung: die Ausgaben sind in der 2. Spalte (Ausgaben) ebenfalls enthalten!**

Beispiel:

„In Vorbereitung der Arbeiten zum Ausbau der LAN/WLAN-Infrastruktur wurde eine Fachfirma mit der WLAN-Ausleuchtung der Schule und/oder mit der Netzwerkplanung und Dokumentation beauftragt. Dies dient u.a. der Ermittlung der wirtschaftlichsten Lösung. Auf diese Arbeiten entfällt ein Kostenbetrag von [...] Euro.“

„Für den Anschluss der mit diesem Antrag beantragten Netzwerkkomponenten [...] an das Stromnetz ist die Verlegung von neuen Elektroleitungen notwendig. Auf diese Elektroarbeiten (bis zur 1. Unterverteilung) entfallen [...] Euro.“

d) Ausgaben

Hier ist die Summe der von Ihnen beantragten Ausgaben für den jeweiligen Fördergegenstand anzugeben sowie ggf. gesondert die anteiligen Kosten für investive Begleitmaßnahmen (s. auch Erläuterungen unter c)). Die Summe aus der 2. Spalte Gesamt geht in der Gesamt-Investitionsplanung auf.

II. Serverlösungen

Vorbemerkung zur Förderfähigkeit:

Server oder Serversysteme zu pädagogischen Zwecken und / oder zur IT-Administration sind förderfähig. Wird der Server auch untergeordnet für das Verwaltungsnetzwerk (mit)genutzt, ist dies nicht förderschädlich. Server, die primär oder ausschließlich für die Verwaltung der Schule benötigt werden, sind nicht zuwendungsfähig.

Neben den notwendigen Hardwarekomponenten ist auch die zum Betrieb erforderliche Software (z. B. Betriebssystem) sowie betriebssystemunterstützende Software zur Sicherung der Systemfunktionalität im erforderlichen Umfang (z. B. Schutzsoftware, Virens Scanner, Firewall) zusammen mit der Anschaffung der entsprechenden Hardwarekomponenten förderfähig. Gleiches gilt für Software, welche die Administration von Endgeräten ermöglicht, sofern dies der Zweck der Serverlösung ist (insb. Mobile-Device-Management). Handelt es sich um eine rein cloudbasierte Serverlösung ohne Beschaffung von Hardwarekomponenten, so ist im Einzelfall auch die reine Beschaffung der Server-Software förderfähig.

Zum förderfähigen Umfang gehört ebenfalls die unterbrechungsfreie Stromversorgung, Serverschränke u. ä.

a) Umsetzungszeitraum für die Maßnahme:

Siehe I. a).

b) Kurzbeschreibung der Maßnahme

Bitte erläutern Sie an dieser Stelle kurz und treffend, für welchen Zweck der Server beschafft werden soll und welche Bestandteile / Komponenten beschafft werden bzw. welche (Teil-)Maßnahmen umgesetzt werden sollen

Beispiel:

„Für die Anschaffung / Erweiterung einer Serverlösung für pädagogische und / oder IT-administrative Zwecke werden die folgenden Hardwarekomponenten beschafft: Festplatte, NAS, USV, Firewall, Backup-Server [...]. Die Beschaffung umfasst auch die notwendige Betriebssoftware bzw. die notwendige betriebssystemunterstützende Software für die vorgenannten Hardwarekomponenten.

Zur Unterbringung der vorgenannten Hardwarekomponenten ist die Erweiterung / Anschaffung eines Serverschranks / Serverracks / Gleitschienen [...] notwendig.

Folgende Software wird beschafft: [...].“

c) Kurzbeschreibung investiver Begleitmaßnahmen

Bitte beschreiben Sie die erforderlichen investiven Begleitmaßnahmen. Beispiele hierfür sind z. B. die erforderlichen Arbeiten an der Elektroinstallation oder die Einrichtung bzw. Anpassung des Serverraumes (z. B. Belüftung / Kühlung, notwendige Brandschutzmaßnahmen)

Beispiele:

„Die mit diesem Antrag beantragte Kapazitätserweiterung / Neuanschaffung des Servers macht eine verbesserte / neue Belüftung / Kühlung des Serverraumes für den sicheren Betrieb des Servers zwingend erforderlich. Auf die Arbeiten zur Herstellung der verbesserten / neuen Kühlung / Belüftung entfallen [...] Euro.“

„Aufgrund der Kapazitätserweiterung / Neuanschaffung des Servers ist die Herstellung eines neuen / weiteren Stromanschlusses notwendig. Auf diese Elektroarbeiten entfallen [...] Euro.“

d) Ausgaben

Siehe I. d)

III. Anzeige- und Präsentationsgeräte einschließlich Steuerungsgeräte

Vorbemerkung zur Förderfähigkeit:

Anzeige- und Präsentationsgeräte zur großflächigen Bilddarstellung wie z. B. , Beamer, interaktive Tafeln, interaktive Whiteboards und großflächige Displays einschließlich der zugehörigen Steuerungsgeräte (z. B. Dokumentenkamera, Laptop, (Einschub)PC, Tablet) sind generell förderfähig.

Ein Anzeige- und Präsentationsgerät kann mehrere Steuerungsgeräte haben, solange es dem – plausiblen – pädagogischen Konzept der Schule entspricht und die Kosten für die Steuerungsgeräte gegenüber den Kosten für das Anzeige- bzw. Präsentationsgerät selbst nicht unverhältnismäßig hoch sind.

Zu den Anzeige- und Präsentationsgeräten zählen auch Lautsprecher / Soundsysteme, Videokameras bzw. Videokonferenzsysteme, wenn sie im regulären Unterricht zum Einsatz kommen und die notwendige Verbindungstechnik, wie z. B. Apple-TV oder Streamingsticks.

Zubehör zu den Präsentationsgeräten wie z. B. Leinwände oder andere Projektionsflächen, höhenverstellbare oder mobile Halterungen, Kabel, Sicherheitszubehör (Keylock), festmontierte Tafelzusätze oder auch Audiosysteme und Zubehör für die Steuerungsgeräte (Stifte, Tastaturen, Hüllen) sind jeweils zusammen mit dem beantragten Gegenstand förderfähig.

Die Ausgaben für die Demontage z. B. der alten Kreidetafel sind förderfähig, wenn diese notwendig sind, um die geförderten Geräte anzubringen. Dies gilt auch für Ausgaben für die Installation der geförderten Geräte. Eine Kurzeinweisung am Gerät (zeitlich stark limitiert und nur wenige Personen, die als Multiplikator dienen) im Zuge der Beschaffung schädigt die Förderfähigkeit nicht. Bei diesen Ausgaben handelt es sich auch nicht um eine investive Begleitmaßnahme, sondern – in zuwendungsrechtlicher Hinsicht – um einen Teil der Maßnahme selbst.

Ausgaben für die Entsorgung z. B. der alten Kreidetafeln, Garantieverlängerungen oder zusätzliche Versicherungsleistungen und auch Ausgaben für Intensivschulungen der Lehrerinnen und Lehrer (= Fortbildungen) sind hingegen nicht förderfähig.

Nicht förderfähig sind hingegen analoge Tafeln und analoge Whiteboards, sofern sie nicht integraler Bestandteil eines Komplettsystems zur Großbilddarstellung sind.

Weitere Hinweise zur Förderfähigkeit finden Sie unter <https://dpaktfaq.schleswig-holstein.de/?view=portal&subView=portalFAQ&keyword=85>.

a) Umsetzungszeitraum für die Maßnahme

s. o.

b) Kurzbeschreibung der Maßnahme

Bei der Kurzbeschreibung tragen Sie bitte die Anzahl der Anzeige- und Präsentationsgeräte und des zugehörigen Zubehörs in die Tabelle ein, für die eine Förderung beantragt wird. Die Art des Zubehörs spezifizieren Sie bitte in den entsprechenden Textfeldern in der 1. Spalte der Tabelle.

Nutzen Sie die Spalte „Sonstige Präsentationsgeräte“, dann machen Sie bitte im Feld „Erläuterungen“ weitere Ausführungen zu der Art dieser Geräte.

Sind in den Kosten auch Ausgaben für die Demontage / Montage enthalten (s. o.), dann nutzen Sie bitte ebenfalls das Erläuterungsfeld, um dies im Antrag zu benennen.

Sofern für die beantragte Maßnahme **investive Begleitmaßnahmen** erforderlich sind, benennen und erläutern Sie diese bitte unter **c)**. Zu Umfang und Tiefe dieser Erläuterungen orientieren Sie sich bitte an den Darstellungen unter I. c).

Beispiel:

„Für den Anschluss der mit diesem Antrag beantragten Anzeige- und Präsentationsgeräte [...] an das Stromnetz ist die Verlegung von neuen Elektroleitungen notwendig. Auf diese Elektroarbeiten (bis zur 1. Unterverteilung) entfallen [...] Euro.“

„Der sichere Anschluss der mit diesem Antrag beantragten Anzeige- und Präsentationsgeräte [...] an bestehende Anschlüsse ist nicht (mehr) möglich. Die bestehenden Elektroleitungen müssen erneuert und (ggf.) durch zusätzliche Elektroleitungen ergänzt werden. Auf diese Elektroarbeiten (bis zur 1. Unterverteilung) entfallen [...] Euro.“

d) Ausgaben

Siehe I. d)

8. Gesamt-Investitionsplanung

Unter Nr. 8 tragen Sie bitte in die 2. Spalte die Summe der von Ihnen beantragten Ausgaben aus der Nr. 7 (ggf. kumuliert über I.-III.) ein.

In die 3. Spalte ist der zu erbringende Eigenanteil einzutragen:

Die **Träger der öffentlichen Schulen** haben die gewährte Zuwendung (= Anteil aus dem Schulträgerbudget) grds. um mindestens 15 % zu ergänzen (Anteilfinanzierung). Bezogen auf das Gesamtinvestitionsvolumen (= die Gesamtausgaben/Gesamtkosten des Vorhabens) beträgt der Eigenanteil somit mindestens rd. 13,0435 %.

Beispiel:

Die Gesamtausgaben des Projektes liegen bei 100.000,00 Euro. Der Schulträger muss mind. 13,0435% an den Gesamtausgaben als Eigenanteil aufbringen = 13.043,50 Euro. Damit läge die Zuwendung aus dem Schulträgerbudget bei 86.956,50 Euro.

Möchte der Schulträger sein komplettes Schulträgerbudget von 100.000,00 Euro bewilligt bekommen, müssen die Gesamtausgaben des Projektes bei mindestens 115.000,00 Euro liegen (15.000,00 Euro von 115.000,00 Euro = 13,0435 %).

Kommunale Träger öffentlicher Schulen, die als "**finanzschwach**" im Sinne der Förderrichtlinie gelten, erhalten eine Vollfinanzierung. Sie sind somit von einem Eigenanteil freigestellt. Als finanzschwach gelten die Kreise, Städte und Gemeinden, die bis zum 15. September 2019 eine Fehlbetragszuweisung für das Jahr 2017 gemäß § 12 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes oder einen Abschlag auf eine solche Fehlbetragszuweisung erhalten haben. Dies ist eine Stichtagsregelung; der Empfängerkreis ist somit abschließend geregelt.

Gilt eine Stadt oder Gemeinde, die Mitglied eines Schulverbandes ist oder einem Amt angehört als "finanzschwach" in diesem Sinne, wird dem Schulverband oder Amt bezogen auf die Fördermittel für die in dieser Gemeinde belegenen Schulen eine Vollfinanzierung gewährt. Zur Finanzierung des Gesamtinvestitionsvolumens kann bei nicht ausreichendem Schulträgerbudget auch in diesen Fällen ein Eigenanteil geleistet werden.

Die **Träger der Schulen der dänischen Minderheit, der Ersatz- und der Pflegeschulen** haben sich mit mindestens 10 % am öffentlichen Finanzierungsanteil (= Gesamtinvestitionsvolumen) zu beteiligen.

Beispiel:

Die Gesamtausgaben des Projektes liegen bei 100.000,00 Euro. Der Schulträger muss mind. 10 % an den Gesamtausgaben als Eigenanteil aufbringen = 10.000,00 Euro. Damit läge die Zuwendung aus dem Schulträgerbudget bei 90.000,00 Euro.

Möchte der Schulträger sein komplettes Schulträgerbudget von z. B. 100.000,00 Euro bewilligt bekommen, müssen die Gesamtausgaben des Projektes bei mindestens 111.111,11 Euro liegen (11.111,11 Euro von 111.111,11 Euro = 10 %).

In Spalte 4 ist ein etwaiger Finanzierungsbeitrag Dritter einzutragen. Dieses können z. B. zweckgebundene Spenden eines Fördervereins, von Privatpersonen oder von Unternehmen und Zuwendungen aus anderen Förderprogrammen sein.

Die Höhe der beantragten Zuwendung aus Mitteln des DigitalPakts Schule, die in die 5. Spalte einzutragen ist, ergibt sich aus der jeweiligen Summe der Spalte 2 abzgl. der Beträge aus Spalten 3 und 4.

Und noch eine Bitte zum Schluss:

Verzichten Sie auf die unaufgeforderte Übersendung von Rechnungen, Kostenvoranschlägen, Vergabeunterlagen, Bau- oder sonstigen Plänen oder Beschlüssen aus den kommunalpolitischen Gremien. Sofern bei der Bearbeitung des Antrags Fragen auftreten, die ggf. Erläuterungen erforderlich machen, werden sich die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Sie wenden.